Pressespiegel 06.11.2009

Nachrichten, Kommentare und Analysen zur

Familienpolitik und zu allem, was Familien betrifft.

Bei blauer Schrift bitte Doppelklick zum Öffnen des jeweiligen Textes.
Allgemein

Interview mit Dorothee Bär.

Die Freie Welt. 06.11.2009. Kerstin Schneider: "Größtmögliche Wahlfreiheit für Familien".

dorothee.baer@bundestag.de; landesleitung@csu-bayern.de
Ehe

Initiative f21. 06.11.2009. "Kinder machen Verheiratete glücklicher als Unverheiratete".
Erziehung durch die Eltern oder durch den Staat

Der Kommentator bringt seine Verteidigung des Betreuungsgeldes auf den Punkt: Die Alternative beim Betreuungsgeld heiße nicht Bier oder Bildung, sondern Wahlfreiheit oder Entmündigung.

Wir möchten diesen richtigen Gedanken um die folgenden ergänzen:

Das Betreuungsgeld ist unter dem Aspekt der Gerechtigkeit (soweit man eine Subvention von 1.000 bis 1.500 EUR pro Monat für einen Krippenplatz im Vergleich mit einem Betreuungsgeld von 150 EUR pro Monat für eine Familie, die keinen Krippenplatz in Anspruch nimmt, noch großzügig als "gerecht" empfinden mag) zu rechtfertigen - allerdings nur unter dem Aspekt der Gerechtigkeit.

Problematisch beim Betreuungsgeld (wie auch beim Krippenausbauprogramm) ist aus unserer Sicht jedoch, dass der Staat hier wie ein wohlmeinender Gutsbesitzer Subventionen an seine ihm schutzbefohlenen Familien verteilt und die Familien dadurch zu Almosenempfängern degradiert. Familien stehen nun in der Öffentlichkeit plötzlich unter Druck, sich für diese Leistungen, die sie ja mit ihren Steuern selbst finanzieren, unterwürfig zu bedanken.

Besser wäre es, es gäbe kein staatlich gefördertes Krippenausbauprogramm, keine subventionierten Kindergärten, kein Betreuungs- und kein Kindergeld, stattdessen aber einen kräftig erhöhten Steuerfreibetrag für jedes Kind. Allerdings können wir kaum schätzen, wie hoch dieser ausfallen sollte, würden aber einen Betrag von mindestens 15.000 EUR für sinnvoll halten.

Diese Systemumstellung (übrigens zurück zu einem System, dass wir in unserem Lande schon einmal hatten!) würde besser mit dem Prinzip der Subsidiarität vereinbar sein, die Eigenverantwortung der Familien stärken und zudem erhebliche Einsparungen in den staatlichen Verwaltungen ermöglichen.

Leider sind die meisten Politiker dagegen. Warum? Weil ihnen dann die Möglichkeit genommen würde, sich als Verteiler von Wohltaten und Geschenken aufzuspielen, die sie natürlich selbst nicht finanziert haben.

Der Staat ist die Ursache und nicht die Lösung unserer Probleme!!!!

Deutschlandfunk. 03.11.2009. J. Liminski: "Zum Streit um das Betreuungsgeld".
Schule

Medrum. 06.11.2009. "Saarland-FDP setzt Schulvorbereitungsjahr durch".
Lebensschutz

In den USA hat eine Abtreibungsbefürworterin die Seite gewechselt: Als Abby Johnson, (nun ehemalige) Direktorin von Planned Parenthood, einer Organisation, die auch geschäftlich an der Durchführung von Abtreibungen verdient, auf einem

Ultraschallgerät eine Abtreibung verfolgen konnte, führte dies dazu, dass sie anschließend ihre Kündigung einreichte. Frau Johnson arbeitet seitdem für die Coalition for Life, eine Organisation, die sich gegen Abtreibungen einsetzt.

KBTX.COM. 02.11.2009: "Planned Parenthood Director Leaves, Has Change of Heart."